

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 866846 pbbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Norbert Wieczorek MdB  
zur IWF/Weltbanktagung in  
Washington: Außer Spesen  
nichts gewesen?

Seite 1

Dr. Jürgen Schmude MdB  
zur Kampagne gegen die  
Deutschlandpolitik der SPD:  
CDU verbreitet Lügen zur  
DDR-Staatsbürgerschaft.

Seite 3

Hans Urbaniak MdB zu den  
Ergebnissen des EG-Stahlmi-  
nisterrats: Italien spielt beim  
Stahl-Poker mit gezinkten  
Karten.

Seite 4

### Dokumentation

In einem gemeinsamen Ap-  
pell haben fünf prominente  
Parlamentarier - darunter  
Professor Dr. Uwe Holtz - aus  
führenden Industrienationen  
für eine Kurskorrektur bei  
Weltbank und Internationa-  
lem Währungsfonds plädiert:  
Kinder sind keine Schuldner.  
Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 188

29. September 1989

Außer Spesen nichts gewesen?

Zur IWF/Weltbanktagung in Washington

Von Dr. Norbert Wieczorek MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft der SPD-Bundestags-  
fraktion

Sicher ist, Spesen hat's genug gegeben.

Die Bankenwelt feierte und der Gerüchte- und Informationsmarkt blühte. Trotz alledam gibt es einige positive Entwicklungen zu vermelden.

Das Thema Umweltschutz und -erhalt wird von Weltbank und Fond zunehmend ernster genommen. Immerhin hat das Thema auch großen Raum in der Rede von Conable, dem Präsidenten der Weltbank, eingenommen. Nur die rhetorische Akzeptanz des Themas ist, sieht man einmal die Unterlagen genau durch und überprüft die Entscheidungen der Weltbank, noch bei weitem nicht hinreichend in konkretes Handeln umgesetzt. Zu Recht haben darauf auch die am Rande der Tagung zusammengetroffenen Non-Government Organisationen hingewiesen. Daß diese wiederum auch von der offiziellen Tagung wahrgenommen wurden, ist ein Fortschritt. Wichtig ist auch die Einsicht, daß Umweltschutz und -erhalt in den sich entwickelnden Ländern nur dann eine Chance haben, wenn der größte Teil der Bevölkerung, die Armen, sich nicht täglich entscheiden müssen, wegen des Lebensunterhalts des heutigen Tages die Lebenschancen der Zukunft zu gefährden. Nur die Einsicht dieses Teils der Bevölkerung allein reicht nicht aus, da die Zerstörung der Umwelt vor allem von den herrschenden Kapitalinteressen betrieben wird.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veränderung  
des  
Bestellens  
Form



Begrüßenswert war auch, daß Conable die Rüstungsausgaben der Entwicklungsländer anprangerte. Nur wenn die USA ihrerseits nicht einmal die Mittel haben, um das Programm für die ärmsten Länder, das 9. IDA-Programm zu finanzieren, weil ihr Haushalt durch Reagans Rüstungsausgaben total durcheinandergebracht würde, verursachen solche Äußerungen einen schalen Beigeschmack.

Damit ist ein erster entscheidender negativer Punkt angesprochen. Sowohl bei der Fortführung von IDA als auch bei der Erhöhung der Quoten, das heißt des Kapitals des Währungsfonds, sind die USA durch ihren Budgetprozeß zur Zeit zahlungsunwillig. Hier bleibt nur Hoffen und Harren auf bessere Einsicht.

Ähnliches gilt für die Brady-Initiative. Im Fall Mexiko gibt es zwar erste positive Meldungen, aber das Mexiko-Paket hängt noch von der Zustimmung der Banken ab, und es bleibt auch offen, wie wirksam es tatsächlich ist. Tatsache ist, daß für Mexiko allein 1/3 der verfügbaren Mittel aufgebraucht werden. Woher Mittel für andere Länder für eine gleiche Behandlung herkommen sollen, ist daher zumindest unklar.

Ein Fortschritt ist es sicher auch, daß Polen und Ungarn Gegenstand intensiver Diskussion waren. Nur die Summen sind bei weitem nicht ausreichend und peinlich berührt es auch, wenn der Präsident der USA den Sieg des Kapitalismus propagiert und er selber zur gleichen Zeit einen Ausbildungsgipfel für die USA einberufen mußte, um den weitverbreiteten Analphabetismus und die völlig unzureichende schulische und berufliche Bildung im eigenen Land zu diskutieren. Ganz zu schweigen vom Zustand der Infrastruktur: Die Besucher der Tagung hatten selbst in der reichen Stadt Washington genügend Gelegenheit eigene Erfahrungen über deren Infrastrukturdefizite zu sammeln.

Auch bei den Währungsfragen blieb es ebenfalls beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Die G 7 will auf der Basis von Plaza- und Louvre-Agreement weiterwursteln. Vorstöße Frankreichs zum Beispiel für ein neues stabileres Wechselkurssystem wurden weiter vertagt, wenn auch Japan vorsichtig Sympathie erkennen ließ. Ansonsten ist das japanische Interesse im Moment hauptsächlich darauf gerichtet, im Währungsfond den zweiten Platz hinter den USA einzunehmen, was wiederum dem nationalen Prestigegelüste von Maggie Thatchers England widerspricht.

Vielleicht hatte der Teilnehmer recht, der bezüglich der Tagung sagte: „Hier wird zwar immerzu von den möglichen Krisen der Zukunft gesprochen, aber in den hier und heute vorhandenen Krisen wird sich lediglich eingerichtet.“ Denn bei dem Aufwand, der bei der Tagung getrieben wurde, lebte es sich zumindest für die Delegierten und Bankenvertreter hier nicht schlecht.

(-/29.9.1989/rs/ks)

CDU verbreitet Lügen zur DDR-Staatsbürgerschaft

Zur Kampagne gegen die Deutschlandpolitik der SPD

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die SPD hat stets an der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten.

Die von namhaften CDU-Politikern in letzter Zeit gegen die Deutschlandpolitik der SPD geführte Kampagne ist durch ihre Polemik und die Gehässigkeit der Folgerungen abstoßend. Darüber soll nicht unbeachtet bleiben, daß sich solche Angriffe auch auf massive Lügen stützen. Denn Vergeßlichkeit oder Unwissenheit kann es eigentlich nicht sein, wenn etwa die Herren Rühle und Blüm behaupten, die SPD habe eine Ausbürgerung der Deutschen aus der DDR betreiben wollen.

Niemals ist das der Fall gewesen. Die durch das Grundgesetz und das Staatsangehörigkeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland geregelte deutsche Staatsangehörigkeit ist von der SPD stets eindeutig bejaht worden. In ihren grundsätzlichen Beschlüssen, in ihren Verlautbarungen und in den Erklärungen ihres Vorsitzenden hat die SPD - übrigens in Übereinstimmung mit den Koalitionsparteien - stets betont, daß kein Bürger der DDR für die Rechte und Pflichten aus der deutschen Staatsangehörigkeit gegen seinen Willen in Anspruch genommen werden soll. Bei der Rechtslage selbst solle es aber bleiben.

Im Zusammenhang mit den sogenannten Geraer Forderungen vertritt die SPD die Auffassung, daß seit langem durch die Praxis der Bundesrepublik Deutschland eine Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft bereits gegeben ist. Dabei geht es ausschließlich um praktische Fragen des Verfahrens gegenüber denjenigen, die Bürger der DDR bleiben und nicht Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland werden wollen. Um den Begriff und den Tatbestand der längst vorliegenden Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft anschaulich zu machen, wäre eine Bestandsaufnahme und Überprüfung der praktischen Verfahrensweise nützlich.

Mit Ausbürgerung hat das alles nichts zu tun. Diskussionen über das verfassungsrechtlich festgelegte Staatsangehörigkeitsrecht hat es gelegentlich in allen Parteien gegeben. Die SPD hat die Änderung dieses Rechts niemals in Betracht gezogen, sie hat die bestehende Rechtslage vielmehr immer wieder deutlich bekräftigt.

Die CDU fordere ich auf, nicht durch ständige Wiederholung eindeutig falscher Behauptungen eine Lügenbrücke zu bauen, über die dann uninformierte Betrachter auch gutgläubig gehen könnten.

(-/29.9.1989/rs/ks)

Italien spielt beim Stahl-Poker mit gezinkten Karten

Zu den Ergebnissen des EG-Stahlministerrats

Von Hans Urbaniak MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Mitbestimmung der SPD-Bundestagsfraktion

Beim Stahlministerrat in Brüssel ist die italienische Regierung erneut des „Falschspieles“ überführt worden. Wegen der guten Stahlkonjunktur denkt Italien offensichtlich nicht daran, die Auflagen des EG-Ministerrates vom Dezember vergangenen Jahres zu erfüllen und Kapazitäten abzubauen. Knapp neun Milliarden DM (von den beantragten 10,1 Milliarden DM) an Stahlbeihilfen für Finsider waren nur mit dieser Auflage genehmigt worden. So sollte das Warmbreitbandwerk Bagnoli spätestens bis Ende Juni 1989 stillgelegt werden.

Die gegenwärtig weltweit gute Stahlkonjunktur kann nicht als Entschuldigung akzeptiert werden:

Erstens gibt es gerade bei Warmbreitband-Erzeugnissen immer noch spürbare Überkapazitäten in der EG, die auch bei deutschen Stahlunternehmen aktuelle Anpassungen erforderlich machen.

Zweitens ist die Auflage, das Werk zu schließen, keine „konjunkturabhängige“ Bedingung.

Drittens kommt die nächste Stahlkrise so sicher, wie der nächste Winter.

Die Bundesregierung ist aufgerufen, unseren italienischen EG-Partnern endlich unmißverständlich klarzumachen, daß vertragliche Verpflichtungen einzuhalten sind. Falschspieler am Brüsseler Verhandlungstisch können nicht geduldet werden.

Als notwendiges Sanktionsinstrument steht die vorläufige Sperre von sieben Milliarden DM genehmigter Umstrukturierungshilfen der EG zur Verfügung. Darüber hinaus muß die EG-Kommission unverzüglich beim Europäischen Gerichtshof Klage einreichen. Ohnehin besteht seit langem der Verdacht, daß verbotene Beihilfen durch die italienische Regierung gezahlt werden. Das könnte bei dieser Gelegenheit gleich mituntersucht werden. Die Angelegenheit duldet keinen Aufschub. Ein augenzwinkerndes Einverständnis gegenüber den neuen italienischen Machenschaften hätte katastrophale Folgen, die gerade die deutschen Stahlwerker wieder zu spüren bekämen.

(-/29.9.1989/rs/ks)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

## Kinder sind keine Schuldner

In einem gemeinsamen Appell haben fünf prominente Parlamentarier aus führenden Industrienationen für eine Kurskorrektur bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds plädiert. Die Abgeordneten aus Großbritannien, Australien, Japan, den USA und der Bundesrepublik Deutschland fordern, daß Anpassungsprogramme stärker auf die Beseitigung der Armut in Entwicklungsländern ausgerichtet werden müssen - unter ihnen Prof. Uwe Holtz, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag. Der Appell im Wortlaut:

„Müssen unsere Kinder verhungern,  
damit wir unsere Schulden bezahlen können?“

Von Julius Nyerere

Nyerere stellte diese Frage vor drei Jahren - die westliche Welt hat sie inzwischen beantwortet: „Ja“. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) gab 1989 in seinem Bericht zur Situation der Kinder in der Welt bekannt, daß „mindestens eine halbe Million Kinder in den letzten zwölf Monaten gestorben sind als Folge der Schuldenkrise und Rezession“. Die Sparmaßnahmen, die der internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank der Dritten Welt verordnen, führen in der Regel zu Kürzungen der Haushalte für Gesundheit und Bildung, zu dramatischen Preissteigerungen und zunehmender Arbeitslosigkeit - was die Armen am härtesten trifft.

In dieser Woche findet in Washington die Jahrestagung der Weltbank und des IWF statt. Dieses Treffen bietet für beide Organisationen eine reelle Chance dafür, sich vermehrt der Armut zu widmen - eine Kurskorrektur, die viele für unerläßlich halten.

Mehr als 800 Parlamentarier aus fünf Ländern forderten im Juni 1988 in Briefen an den Weltbankpräsidenten Barber Conable, er möge dringend die Politik der Strukturanpassungen korrigieren, die zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten der Schuldnerländer geht. Die Erwiderung der Weltbank ließ ihr geschärftes Bewußtsein dafür erkennen, daß ein Zusammenhang besteht zwischen der Politik der Bank und dem steigenden Elend der Armen. Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß die neuen Maßnahmen, die nun von Weltbank und IWF erwogen werden, tatsächlich zu Veränderungen führen - zu veränderten Bedingungen für Kreditnehmer.

Der massive Anstieg der Verschuldung der Dritten Welt entstand in den 70er Jahren, als die Gewinne der OPEC-Länder durch die kommerziellen Banken ihren Weg in die Entwicklungsländer fanden. Dieser Anstieg hat den ärmeren Nationen der Welt einen Mühlstein um den Hals gelegt, der von Jahr zu Jahr schwerer wird. Seit sechs Jahren findet ein Netto-Geldmitteltransfer von den armen in die reichen Länder statt, der 1988 die Rekordhöhe von 33 Milliarden US-Dollar (ca. 62 Mrd. DM) erreichte - so veröffentlicht im Weltwirtschaftsbericht der UNO des Jahres 1989.

Da Zahlungseinstellungen großen Stils befürchtet wurden, stellten die kommerziellen Banken in den 80er Jahren die Vergabe neuer Kredite an arme Länder weitgehend ein. Die Schuldnerländer waren gezwungen, sich an die Weltbank und den IWF zu wenden. Die Politik dieser beiden Institutionen zielte darauf ab, die Wirtschaftsstrukturen der Länder so anzupassen, daß sie genügend Exporterlöse erwirtschaften konnten, um ihre Schuldzinsen zu bezahlen.

Zu den einschneidendsten Auswirkungen des Anpassens von Wirtschaftsstrukturen gehörten Kürzungen des Haushalts, allen voran Einsparungen, die Gesundheit und Bildung betreffen. Festgestellt wurde die Verschlechterung der medizinischen Versorgung, der Bildung und der Ernährung, Bereiche, die sich vorher bereits auf niedrigem Niveau befunden hatten. In Jamaica zum Beispiel wurden 25% der Bediensteten im Gesundheitsbereich aufgrund von Ausgabenkürzungen entlassen; in Mexiko und Boli-

44. Jahrgang / 188 / 29. September 1989

vien wurden die Ausgaben für Gesundheit auf weniger als ein Viertel des Niveaus von 1972 gekürzt. Diese Kürzungen haben unweigerlich die ärmsten Schichten getroffen.

Armut, Hunger und Unterernährung fordern jedes Jahr das Leben von 14 Millionen Menschen. 70% davon sind Kinder unter fünf Jahren. UNICEF schätzt, daß bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts 50 Millionen Kinder unnötigerweise sterben werden.

Dieser massive, unerbittliche Tribut an jungem Leben zeigt nur die Spitze des Eisberges an unterernährten und unterentwickelten jungen Menschen, die einmal die Last der Tilgung ihrer Schulden zu tragen haben werden.

In den Führungskreisen der Weltbank und des IWF wird die Auswirkung ihrer Strukturanpassungsprogramme auf die Armen zunehmend anerkannt. Sowohl Weltbankpräsident Conable wie auch IWF-Direktor Michael Camdessus haben sich für Programme ausgesprochen, die - machbar zu minimalen Kosten - das Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt fördern und zugleich die armen und schwachen Teile der Bevölkerung schützen.

Wir fordern dringend dazu auf, anlässlich der in Kürze anstehenden Jahrestagung von Weltbank und IWF folgende Vorschläge anzunehmen:

- Anpassungsprogramme sollen spezifische, durch soziale Indikatoren definierte Ziele beinhalten:  
Die Weltbank soll sicherstellen, daß alle von ihr geförderten Anpassungsprogramme die Zielsetzung mit einschließen, die sozialen Schlüsselbereiche der Gesellschaft zu verbessern; dazu gehören die Sterblichkeitsrate der Kinder unter fünf Jahren, die Alphabetisierungsrate bei Frauen, und andere.
- Die Politik der Anpassung soll den Armen nützen:  
Strukturanpassungen sollen Maßnahmen beinhalten, die die Armen nicht lediglich entschädigen, sondern den Schwächsten echte Vorteile bringen. Die Politik der Bank soll entwickelt und durchgeführt werden in Abstimmung mit Institutionen des öffentlichen Bereichs und mit örtlichen, regierungs-unabhängigen Organisationen, insbesondere solchen, die sich in direkter Weise für die Armen engagieren.
- Die wirtschaftliche Produktivität der ärmsten 20% der Bevölkerung ist zu erhöhen:  
Die Weltbank soll jenen Programmen höhere Priorität geben, die die Produktivität der ärmsten 20% der Bevölkerung verbessern (z.B. durch Zugang zu Land, Bewässerung, Kredite, etc.).
- Die Anstrengungen zur Armutsbekämpfung sollen ein Hauptkriterium darstellen für die Vergabe von Krediten und den Erlaß von Schulden:  
Die Bemühungen eines kreditnehmenden Landes, Armut zu vermindern, sollen als eigenständiges und gewichtiges Kriterium gelten für die Bereitstellung von Hilfen; dazu gehören auch Hilfen zur Senkung der Schuldenlast. Die Weltbank sollte die Länder bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Programme zur Linderung der Armut unterstützen.

Es ist von besonderer Wichtigkeit, daß Weltbank und IWF mit durchgreifenden Maßnahmen dafür zu sorgen beginnen, daß Strukturanpassungen nicht weiterhin das Elend der Armen verschlimmern, sondern die Lage der Armen tatsächlich verbessern. Die Gelegenheit dazu darf nicht versäumt werden: die Augen von Millionen Kindern sind voller Hoffnung.

Gordon Bilney (Australien)  
Tony Hall (USA)  
Takujiro Hamada (Japan)  
Professor Dr. Uwe Holtz (B.R. Deutschland)  
Bowen Wells (Großbritannien)

(-/29.9.1989/rs/he)